

Postfach vom Dienst:
800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Verlag: Pressesum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Druckort in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 21. November 1989

Blatt 2622

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Smejkal für bundesweite Regelung der Hauskrankenpflege (2623/FS: 20.11.)
- Landesjugendreferat im Museum für Völkerkunde (2626)
- Wiener Gemeinderat (2628-2638)
- Zilk schlägt „Marshall-Plan“ für die Oststaaten vor (2639)
- Wiener Landtag (2640)
- Auffahrunfall beim Schottentor: „44er“ auf „43er“ (nur FS)

Bezirke:

- Neue Flächenwidmung in Atzgersdorf (2624)

Kultur:

- Ernst-Krenek-Preis der Stadt Wien 1990 (2625)
- Rosa Mayreder als Librettistin von Hugo Wolf (2627)
- Arnulf Rainer-Ausstellung im Historischen Museum (2627)

Smejkal für bundesweite Regelung der Hauskrankenpflege

Interministerielle Arbeitsgruppe wird bis Mai beraten

Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Bei der Landessozialreferentenkonferenz, die Ende vergangener Woche in Wien stattgefunden hat, trat Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL dafür ein, wovon im Bereich der Hauskrankenpflege als auch im Bereich der Pflegesicherung für Behinderte und alte Menschen, bundesweit entsprechende Regelungen zu treffen. In einem Pressegespräch heute Montag, sicherte Bundesminister Dr. Walter GEPPERT zu, daß eine einheitliche Lösung für ganz Österreich auch in seinem Sinne sei. Bis Mai werde der Bericht einer interministeriellen Arbeitsgruppe vorliegen, der konkrete Vorschläge beinhalten wird. Die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen würden aber zweifellos erst in der nächsten Legislaturperiode erlassen werden können.

Zur Frage der Finanzierung der Hauskrankenpflege vertrat Vizebürgermeisterin Ingrid Smejkal, wie sie in dem Pressegespräch erläuterte, den Standpunkt, daß eine finanzielle Abdeckung der Hauskrankenpflege nur als Pflichtleistung aus der Krankenversicherung erfolgen könne, da Hauskrankenpflege ein Teil der gesamten Krankenpflege sei und — neben den sozial und menschlich positiven Aspekten — wesentlich zur Entlastung der Spitäler beiträgt.

Ausbildung für Behinderten- und Altenpflege kombinieren

Es erscheint aus Wiener Sicht nicht zielführend, gesondert AltenpflegerInnen auszubilden. Viel eher möchte man den Weg beschreiten, nicht-diplomiertes Pflegepersonal, aber auch Heimhelferinnen durch eine entsprechende Ausbildung in die Lage zu versetzen, sowohl im Spital als auch außerhalb Pflegearbeit zu leisten.

Pflegebedürftige: Geld allein löst Probleme nicht

So wichtig finanzielle Zuschüsse für Menschen, die Pflege brauchen, sind, so zeigt doch die Erfahrung, daß es nicht immer möglich ist, daß sich pflegebedürftige Menschen gewissermaßen auf dem freien Markt geeignete und qualifizierte Pflege beschaffen, stellte Vizebürgermeisterin Ingrid Smejkal fest. Sachleistungen (wie Maßnahmen zur Eingliederungshilfe, Hilfe zur Unterbringung, Wohnheime, soziale Dienste etc.) müssen die Geldleistungen (Pflegegelder) ergänzen.

Arbeitsplätze für Behinderte: Wirtschaft muß mithelfen

Die Schaffung ausreichender Arbeitsplätze für Behinderte ist ohne entsprechende Bereitschaft der Wirtschaft nicht möglich, auch dann nicht, wenn der öffentliche Dienst verstärkt seinen Beitrag dazu leistet, meinte Vizebürgermeisterin Smejkal. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktverwaltung soll verstärkt erreicht werden, daß die Wirtschaft sich nicht wie bisher in vielen Fällen durch Abschlagszahlungen von ihrer Verpflichtung gegenüber Behinderten freikaufte. Zur Zeit wird seitens der Stadt Wien in vielen Einzelgesprächen mit Personalchefs und in eigenen Informationsveranstaltungen im WIFI versucht, die Unternehmer verstärkt zur Einstellung von Behinderten zu motivieren. Der Magistrat der Stadt Wien hat in den vergangenen drei Jahren 350 Behinderte eingestellt und wird bis 1992 seine Einstellungsverpflichtung voll erfüllt haben.

Wien erhöht Richtsätze

Vizebürgermeisterin Ingrid Smejkal berichtete, daß Wien ab 1.1.1990 die Richtsätze der Sozialhilfe, des Pflegegeldes und der Blindenbeihilfe um drei Prozent erhöhen wird. Die allgemeine Erhöhung für Pensionen nach dem ASVG wird bekanntlich ebenfalls drei Prozent betragen. ASVG-Pensionen mit Ausgleichszulage werden durch die Gewährung fixer Sockelbeträge (300 bzw. 430 Schilling) um ca. 5,8 Prozent erhöht. (Schluß)
emw/bs/rr

Bereits am 20. November 1989
über Fernschreiber ausgedruckt

Neue Flächenwidmung in Atzgersdorf

Wien, 21.11. (RK-BEZIRKE) In Liesing-Atzgersdorf ist eine Änderung des bisherigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes vorgesehen. Er betrifft das Gebiet zwischen Liesingbach, Altmannsdorfer Straße, Anton-Baumgartner-Straße sowie Kripsgasse bzw. Mühlbreiten.

Folgende Ziele sollen erreicht werden: Sicherung und Erweiterung der Grünzone an der Liesing, da die Stadt Wien angrenzende Grundflächen erwerben konnte; Überprüfung der Parkplatzsituation, da durch Neubauten und Zunahme der PKW ein Stellplatz-Defizit entstanden ist.

Der Entwurf (Plan Nr. 6173) liegt vom 23. November bis 21. Dezember in der MA 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, von Montag bis Freitag von 8 bis 15.30 Uhr (Donnerstag bis 17.30 Uhr) zur Einsicht und Stellungnahme auf.
(Schluß) smo/rr

Ernst-Krenek-Preis der Stadt Wien 1990

Wien, 21.11. (RK-KULTUR) 1990 kommt der Ernst-Krenek-Preis der Stadt Wien zum dritten Mal zur Vergabe. Der Preis wurde 1985 anlässlich des 85. Geburtstages von Ernst Krenek gestiftet. Er ist mit 100.000 Schilling dotiert und wird alle zwei Jahre an einen Komponisten oder Musikschriftsteller vergeben. Die bisherigen Preisträger sind Rene STAAR und die in Wien lebende japanische Komponistin Kyoko ABE.

Die Bewerbungen für den Ernst-Krenek-Preis 1990 sind bis 31. März 1990 an die Kulturabteilung der Stadt Wien, 1082 Wien, Friedrich-Schmidt-Platz 5, zu richten.

Die Bewerber sollen ihren Wohnsitz in Wien haben oder der Stadt besonders nahe stehen. Der Bewerbung ist ein Lebenslauf mit Beschreibung des künstlerischen Werdeganges und das Werk, das für den Preis eingereicht wird, beizugeben. Der Preis wird von der amtsführenden Stadträtin für Kultur aufgrund des Vorschlages einer Jury zuerkannt. Die Verleihung erfolgt zu Beginn der Konzertsaison und ist, wenn es sich um eine Komposition handelt, mit der Aufführung des preisgekrönten Werkes verbunden. (Schluß) gab/rr

Landesjugendreferat im Museum für Völkerkunde

„Kleider von nebenan“ und „Nikolausfest hier und anderswo“

Wien, 21.11. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen zweier Ausstellungen im Museum für Völkerkunde ist auch das Landesjugendreferat vertreten: Während sich im Museum für Völkerkunde alles um exotische Trachten und Schmuckarten dreht, wird die Aktion „Kleider von nebenan“ veranstaltet. Sie läuft vom 22. bis 26. November, Mittwoch von 10 bis 17 Uhr, Donnerstag, Freitag und Samstag von 10 bis 13 Uhr und Sonntag von 9 bis 13 Uhr.

Dabei haben Kinder die Möglichkeit, sich selbst als Designer zu versuchen, sie können verschiedene Schmuckstücke selbst anfertigen und damit ihre Kreativität beweisen. Zum Abschluß gibt es eine Ausstellung der schönsten Werkstücke. Jeder Besucher kann die selbstgefertigten Schmuck- und Kleidungsstücke übrigens mit nach Hause nehmen.

Alles über den Nikolaus

„Nikolaustime“ ist vom 2. bis 6. Dezember im Völkerkundemuseum. Dazu wird die Aktion „Das Nikolausfest hier und anderswo“ veranstaltet, die eine Auseinandersetzung der Kinder mit diesem kulturellen Phänomen ermöglicht. Über die lange Geschichte des Nikolaus wird in Form von Mitmach-Aktionen informiert. Aktionszeiten: Samstag, 2. Dezember und Sonntag, 3. Dezember, 10 bis 13 Uhr, Montag, 4. Dezember, 9 bis 13 Uhr, Dienstag, 5. Dezember, 9 bis 17 Uhr. (Schluß) ull/rr

Rosa Mayreder als Librettistin von Hugo Wolf

Beispiele aus der Oper „Der Corregidor“ im Historischen Museum

Wien, 21.11. (RK-KULTUR) Beispiele aus der Oper „Der Corregidor“ sind am Donnerstag, dem 23. November, 19 Uhr, im Historischen Museum der Stadt Wien zu hören. Der Opernabend, der als Begleitprogramm zur Ausstellung „Aufbruch in das Jahrhundert der Frau? Rosa Mayreder und der Feminismus in Wien“ stattfindet, gibt ein Beispiel für die Tätigkeit Rosa Mayreders als Opernlibrettistin. Die Musik zu „Der Corregidor“ stammt von Hugo Wolf. Die Operausschnitte werden von Studierenden der Hochschule für Musik und darstellende Kunst präsentiert. Vor Veranstaltungsbeginn, um 18.15 Uhr, findet eine Kurzführung durch die Ausstellung statt.

Weitere Veranstaltungen im Rahmen der Mayreder-Ausstellung:

- 28. November 1989: „Bilanz 100 Jahre österreichische Frauenbewegung: Gleiche Gesetze — gleiche Chancen?“ Podiumsdiskussion mit Staatssekretärin Johanna Dohnal
- 7. Dezember 1989: Traditionelle und neue Frauenlieder aus Wien. (Schluß) gab/bs

Arnulf Rainer-Ausstellung im Historischen Museum

Wien, 21.11. (RK-KULTUR) Das Historische Museum der Stadt Wien zeigt vom 22. November 1989 bis 28. Jänner 1990 die Ausstellung „Arnulf Rainer“. Nach dem Guggenheim Museum, New York, und dem Museum of Contemporary Art, Chicago, ist Wien die erste europäische Station dieser vom Haags Gemeentemuseum, Den Haag, zusammengestellten Schau. Ausgehend von den frühen Übermalungen der 50er-Jahre dokumentiert die Ausstellung exemplarisch alle wichtigen Stationen in Rainers Werk. In seinen meditativen Übermalungen, den „Kreuzbildern“, der „Fingermalerei“, den „Face Farces“ und den „Body Poses“ präsentiert sich Rainers Kunst als ebenso vielgestaltig wie komplex, widersprüchlich wie geschichtsverbunden.

Das Historische Museum der Stadt Wien entspricht mit dieser Ausstellung dem Auftrag, sich auch in besonderer Weise der Gegenwartskunst, der Kunstentwicklung der letzten Jahrzehnte als Teil unserer unmittelbaren Geschichte zu stellen.

Die Ausstellung ist täglich außer Montag von 9 bis 16.30 Uhr zu sehen. Der reichbebilderte Ausstellungskatalog kostet 250 Schilling. (Schluß) gab/rr

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 21.11. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat am Dienstag um 9 Uhr zu seiner für drei Tage anberaumten Budgetdebatte zusammen. Die Sitzung wurde mit einer Fragestunde eingeleitet:

Er fürchte die Meinung der Bevölkerung nicht, betonte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in Beantwortung der ERSTEN ANFRAGE von GR Mag. Franz KARL (ÖVP) über eine mögliche bezirkswise Volksbefragung bezüglich der Linie 8. Sobald die nötige Unterschriftenzahl erreicht sei, so Zilk, werde er eine Diskussion zwischen den Parteien über die Durchführung dieser Befragung veranlassen. Eine Abgrenzung des Einzugsbereiches der Linie 8 sei allerdings problematisch, da diese Verkehrsverbindung, die durch die leistungsstärkere U 6 ersetzt wurde, viele Bezirke und viele Bewohner betreffe.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR Mag. KAUER (ÖVP), welche Initiativen er gesetzt habe, um den provokanten Auftritt des Schriftstellers Irving in Wien zu verhindern, sagte Bgm. Zilk, er habe nur anzeigen und intervenieren können. Nach Kenntnis der Sachlage habe er sofort den Innenminister und den Polizeipräsidenten verständigt. Es wäre nun nötig, so Zilk, die Justiz zu befragen, warum gegen Irving in Wien kein Haftbefehl vorgelegen sei. Es sei ihm nicht bekannt, betonte Zilk, daß der Polizeipräsident eine Weisung des Innenministers, Irving festzunehmen, abgelehnt haben soll.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR WURM (SPÖ), welche Auswirkungen der Resolutionsantrag über das Verbot wirtschaftlicher Beziehungen mit der Republik Südafrika hat, antwortete Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, daß dafür Vorsorge getroffen ist, keine Produkte aus diesem Land für die Stadt Wien anzuschaffen. So verhalten sich auch die Stadtwerke und die Wiener Holding. Auch die Kontrahenten der Stadt Wien müssen die Herkunft ihrer Produkte nachweisen. Wien hat sich damit dem Beschluß der Bundesregierung angeschlossen.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR NEUMANN (SPÖ), wann der letzte Teil des Mahnmals gegen Krieg und Faschismus aufgestellt werde, antwortete Bürgermeister Dr. ZILK, der letzte Teil, das „Tor der Gewalt“, werde voraussichtlich erst innerhalb Jahresfrist fertiggestellt werden können. Es müsse ein 27 Tonnen schwerer Marmorblock bearbeitet werden, und schöpferische Prozesse könnten nicht einem Netzplan — wie Bauprojekte — unterworfen werden.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Pläne bisher umgesetzt werden konnten, die zum Ankauf des Bierlokals Oberbayern geführt hatten, erklärte Vbgm. MAYR, das Lokal wurde angekauft, um für die Weiterentwicklung des Praters in den nächsten Jahren neue Flächen zur Verfügung zu haben. Bisher wurden keine endgültigen Verwertungspläne erstellt, aber es werde sicher zu einer Lösung im Einvernehmen mit den Praterunternehmern kommen, betonte Mayr. Bezüglich der eventuellen Unterbringung eines Wachfigurenkabinetts meinte Mayr, dies sei durchaus vorstellbar, allerdings gebe es noch Probleme bei der Herstellung der Figuren.

Die ÖBB habe erste detaillierte Informationen über das Projekt „Bahnhof Wien“ als Durchgangsbahnhof im Bereich des Süd- und Ostbahnhofs vorgelegt, erklärte Planungsstadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ) auf die SECHSTE ANFRAGE von GR Ing. Rolf HUBER (SPÖ) über die Auswirkungen des ÖBB-Projekts auf das innerstädtische Verkehrssystem und die Stadtstruktur. Durch dieses Projekt mit dem Zubringer unter dem Lainzer Tiergarten könnte ein Teil des Güterverkehrs aus der Verbindungsbahn genommen werden. Er habe die ÖBB gebeten, Varianten zu überprüfen. Der neue Bahnhof könne bis zur Weltausstellung sicher nicht fertiggestellt werden.

Zur Zukunft des Westbahnhofs sagte Swoboda, daß mit der Errichtung des neuen Bahnhofs große Teile des Westbahnhofs stadtgerechter genutzt werden könnten, eventuell sei auch eine Verlegung der Westeinfahrt möglich, wenn diese gedeckt erfolgt.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR Mag. Ruth BECHER (SPÖ) über Übertretungen im Rahmen der Bauordnung teilte Stadtrat Dr. SWOBODA mit, daß die Ursache für Übertretungen nicht in unzureichenden Bestimmungen liege. Seitens der Bauherren, die beispielsweise Instandhaltungspflichten verletzen, werde meist mit wirtschaftlichen Gründen argumentiert. Leider gebe es vor allem in Schutzzonen wiederholt Übertretungen der Bauordnung. Er habe die Anweisung gegeben, in Zukunft gegen Bauherren und gegebenenfalls auch gegen Architekten strenger vorzugehen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR BRIX (SPÖ) berichtete Stadtrat Dr. Swoboda, daß bei einer Enquete Anfang November dieses Jahres für das Schloß Neugebäude eine schrittweise Vorgangsweise vorgeschlagen wurde. Es sei geplant, das Schloß Neugebäude in Wien bekannter, attraktiver und für die Bevölkerung benutzbarer zu machen. Dies könnte unter anderem durch Veranstaltungen und durch eine entsprechende Gestaltung des Gartens geschehen. Im Detail gebe es aber noch keine konkreten Pläne darüber, welche Teile des Areals in welcher Form instandgesetzt würden. Swoboda bekannte sich dazu, daß die baulichen Entscheidungen nur in Abstimmung mit der geplanten Nutzung getroffen werden können, und daß eine etwaige Gesamtkonstruktion nur schrittweise im Verlauf des nächsten Jahrzehnts erarbeitet werden kann. Veranstaltungen wären frühestens 1991 möglich.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR Mag. KABAS (FPÖ) über die Erfahrungen mit dem „Dogofanten“ sagte Umweltstadtrat Dr. HÄUPL (SPÖ), der „Dogofant“ sei vom 23. Mai bis 14. Juli hauptsächlich in der Innenstadt und den Fußgängerzonen sowie in Bereichen des 2. und 5. Bezirkes im Einsatz gewesen. Die Leasing-Firma sei allerdings der Ansicht, daß für sie erst ein Einsatz von mindestens fünf dieser Geräte rentabel sei. Andererseits könnten um diesen jährlichen Betrag von etwa fünf Millionen Schilling in der MA 48 rund 20 Arbeiter beschäftigt werden. Man werde, sagte Häupl, das Netz der Straßenkehrer sicherlich verdichten, müsse aber auch die Aufklärung und den Dialog mit den Hundehaltern forcieren. Die Entscheidung über den „Dogofanten“ sei noch nicht endgültig getroffen.

Angelobung von Gemeinderäten

Statt der aus dem Wiener Gemeinderat ausgeschiedenen SPÖ-Mandatarin Eleonore HOSTASCH wurde die 1952 in Jois, Bgld. geborene und seit 1984 im Stadtgartenamt tätige kaufmännische Angestellte Hermine MOSPOINTNER (SPÖ) als neue Gemeinderätin angelobt. Mospointner ist seit 1987 Bezirksrätin in Favoriten.

Budgetrede Mayr

Vizebürgermeister Hans MAYR (SPÖ) stellte den ANTRAG, der Gemeinderat möge den Budgetentwurf 1990 mit Einnahmen von 81,8 Milliarden und Ausgaben von 88,4 Milliarden bei einem Abgang von 6,6 Milliarden Schilling genehmigen. Mit dem Budget 1990, so Mayr, könne man zuversichtlich in das letzte Jahrzehnt dieses Jahrtausends gehen. Das Budget 1990 enthalte erstmals einen Beitrag in der Höhe von 100 Millionen zur Hilfe in den osteuropäischen Ländern, es sei von einem Geist der Weltoffenheit getragen.

Die Kommunalpolitik der 90er Jahre müsse sozial und umweltbetont sein. Und zur sozialen Kommunalpolitik gehöre, daß im kommenden Jahrzehnt in Wien mehr Wohnungen gebaut werden müssen als in den achtziger Jahren. zur umweltbetonten Kommunalpolitik gehören attraktive öffent-

Forts. von Blatt 2628

Forts. auf Blatt 2630

Forts. von Blatt 2629

liche Verkehrsmittel. So enthalte das Budget 1990 für die U-Bahn Investitionen in der Höhe von 9,2 Milliarden. Die U 6-Verlängerung nach Floridsdorf ist mit 361 Millionen dotiert. Mit den Investitionen in das Wasserleitungsnetz können die Wasserverluste weiter verringert werden, angepeilt wird die Traumgrenze von sechs Prozent. Mayr urgierte umweltfreundliche bundeseinheitliche Regelungen, z.B. für Verpackungsmaterial, die für eine umweltbetonte Kommunalpolitik nötig seien.

Die Ausgaben für die Gesundheit steigen um 10,6 Prozent, das ist weit höher als die Inflationsrate, sagte Mayr. Mit 17,7 Milliarden fließt bereits ein Fünftel der Gesamtausgaben in den Bereich Gesundheit. In den Spitälern werden 1.895 neue Dienstposten geschaffen.

Mayr sprach sich für umfassende Reformen im Gesundheitswesen aus. Die Financiers im Gesundheitswesen müßten einen gemeinsamen Nenner für eine optimale Gesundheitsversorgung erarbeiten. Mayr schlug eine Girozentrale der Gesundheitsfinanciers vor, die ohne großen Apparat die verschiedenen Geldströme zusammenfassen sollte. Gleichzeitig sollten die Spitäler durch den Ausbau der vor- und nachgelagerten Einrichtungen sowie durch die Einbeziehung der Pflege entlastet werden. Das Gesundheitswesen selbst müßte dezentral organisiert werden.

Die Wiener Wirtschaftsentwicklung soll durch Weltoffenheit und durch ein liberales Wirtschaftsklima dynamischer werden. Wien benötige mehr Arbeitsplätze. Mayr sprach sich dafür aus, die Ausländerbeschäftigung liberaler zu handhaben. Die Arbeitsgenehmigung sollte künftig dem Arbeitnehmer und nicht so wie bisher dem Arbeitgeber gegeben werden. Auch die Anmeldefrist bei der Sozialversicherung, sie beträgt derzeit drei Tage, sollte fallen, die Anmeldung müßte sofort erfolgen, das ermögliche eine Überprüfung der Schwarzarbeit.

Die Stadtverwaltung fördere unbürokratisch und effizient die Wirtschaft. Im Budgetentwurf sind 27,4 Milliarden Schilling an nachfragewirksamen Ausgaben enthalten.

Zu den politischen Veränderungen im Osten Europas meinte Mayr, die Lage Wiens im geographischen Zentrum des Kontinents biete große Chancen. Diese Chancen sollten genutzt werden. „Was wir in den nächsten Monaten versäumen, ist ein Versäumnis für immer“, sagte Mayr.

Entgegen den früheren Prognosen sei Wien keine sterbende Stadt. Die Wanderungsbilanz sei positiv. Das stelle den Schulen und den Bildungseinrichtungen zusätzliche Aufgaben. Die bestmögliche Ausbildung der Kinder sei die Garantie für den Lebensstandard von morgen.

Generaldebatte

GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß das Defizit trotz positiver Konjunkturlage praktisch unverändert hoch geblieben sei. Die Grundsätze der antizyklischen Budgetpolitik würden jetzt eigentlich die Bildung von Reserven vorsehen. Zumindest müßte aber das Defizit geringer werden. 1990 wird der Schuldendienst geringer, und werden die Ertragsanteile des Bundes steigen. Diese zusätzlichen Mittel werden jedoch kaum für effektive Investitionspolitik verwendet. Die Ausgaben im Wohnbau gingen sogar dramatisch zurück. Parallel zur Kürzung der Bundesförderung habe auch Wien seinen 500 Millionen-Schilling-Anteil, der bisher beigetragen worden war, ausgesetzt. Angesichts erwartbarer Zuwanderungen aus den östlichen Nachbarländern und zahlreicher vorgemerkter Wohnungssuchender wären jedoch Wohnbaugelder dringen notwendig. Hirnschall räumte ein, daß Wien für viele Ausgaben für den Bund in Vorleistung treten muß, weil die Bundesmittel nicht vereinbarungsgemäß bereitgestellt werden. Das betreffe unter anderem auch die Familienpolitik, und die FPÖ werde im Landtag die Schaffung einer Familienhilfe zur Diskussion stellen, die einkommensschwachen Familien Erleichterungen bringen würde. Entschie-

Forts. auf Blatt 2631

Forts. von Blatt 2630

den sprach sich Hirnschall gegen den Einsatz öffentlicher Mittel für die EXPO 1995 aus. Es sei aber auch bedenklich, daß private Investoren Projekte in diesem Zusammenhang vorsehen, deren Aufwand dem vierzigfachen des Konferenzentrums entspräche. Massive Eingriffe in das Stadtbild seien zu befürchten. Andererseits müßten Projekte wie die Verlängerung von U 1 und U 6, der Ausbau des Schnellbahnnetzes und die Schaffung von Park-and-Ride-Anlagen am Stadtrand auch ohne EXPO dringend verwirklicht werden. Abschließend wandte sich Hirnschall gegen die Wiener Gebührenpolitik, die für das kommende Jahr Erhöhung bei Wasser und Müllabfuhr bringe, obwohl dort die Kostendeckung auch ohne Erhöhung erreicht sei. Alle diese Gesichtspunkte seien ausschlaggebend dafür, daß die FPÖ den Voranschlag 1990 ablehnen werde, schloß Hirnschall.

Die Wiener ÖVP könne dem Rechnungsvoranschlag nicht zustimmen, weil er von Struktur und Tendenz nicht einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung entspreche, sondern nur eine Zahlenfortschreibung sei, erklärte GR Dr. PETRIK (ÖVP). Ökologische, ökonomische und soziale Gesichtspunkte wurden nicht berücksichtigt, sodaß keine ökosoziale Stadtpolitik gemacht werden könne. Ein Budget müsse Prioritäten setzen, die auch über ein Jahr hinausgehen, wie etwa beim öffentlichen Verkehr, der doppelt so schnell und halb so teuer werden müsse. Erfreut äußerte sich Petrik darüber, daß die FPÖ als „Trittbrettfahrer“ jetzt bei Forderungen der ÖVP aufspringe und etwa die Forderungen der ÖVP zum öffentlichen Verkehr, der Familienpolitik usw. übernehme.

Petrik kritisierte den sorglosen Umgang mit den natürlichen Ressourcen. In Wien werde wertvolles Trinkwasser noch immer verschwendet. Es sei an der Zeit, sich ernsthaft mit der Frage von Nutzwasserleitungen oder dem Schlagen neuer Brunnen zu beschäftigen. Falsch sei es, meinte Petrik, den Wienern das Autofahren verbieten zu wollen. Besser wäre es, den öffentlichen Verkehr attraktiver zu gestalten. Weiters forderte er ein Müllkonzept, das eine Umstellung möglich mache. Ziel müsse es sein, Müll nicht zu verbrennen, sondern Müll zu vermeiden. Ein Budget müsse Initiativen in dieser Richtung setzen. Das vorliegende Budget deute zwar verbal in diese Richtung, der Weg werde aber nicht begangen, sondern mit der Erhöhung der Gebühren werde eine aggressive Tarifpolitik betrieben.

Petrik wiederholte das klare JA der Wiener ÖVP zur Weltausstellung, die dem Steuerzahler aber nichts kosten dürfe. Es wäre ein Gebot der Stunde gewesen, daß Wien etwa zur Vorfinanzierung von Park-and-ride-Plätzen im Budget Vorsorge getroffen hätte. Von den insgesamt 9.000 geplanten Parkplätzen sind nur 380 in einem konkreten Stadium.

Bei der Dezentralisierung gebe es im Budget keine Weiterentwicklung, bemängelte Petrik, sondern es sei sogar eine Reduzierung der Ansätze für die Bezirke festzustellen. Ein wesentliches Anliegen der ökosozialen Stadtpolitik sei auch die direkte Mitsprache und Entscheidung der Bürger. Daher sei die Fünf-Prozent-Klausel bei Volksbefragungen zu hoch, und es müssen auch die Bürger in Stadtteilen und Bezirken die Chance zur direkten Mitsprache erhalten.

GR Ing. SVOBODA (SPÖ) bezeichnete den Budgetvoranschlag für 1990 als gelungen und zukunftsbejahend, es gebe um 5,1 Prozent mehr Mittel für Investitionen, um 14,4 Prozent mehr Mittel für Instandhaltung, der Schuldenstand werde sich verringern, das Budget sei sozial ausgewogen, und die Erfordernisse der Dezentralisierung seien berücksichtigt. Svoboda wertete es als absolut unseriös, die Erhöhung der Müll- und Wassergebühren als Verschlechterung der Lebensbedingungen in Wien zu bezeichnen. Immerhin sei Wien die einzige Millionenstadt der Welt, die mit Gebirgsquellwasser versorgt wird. In der von GR Hirnschall angeschnittenen Frage eines Erziehungsgeldes vertrete er den Standpunkt, daß verantwortungsbewußte Familienpolitik nicht durch Geldleistungen ersetzt werden könne. Gerade Wien verfüge über eine Fülle von Einrichtungen für Familien und

Forts. auf Blatt 2632

Kinder, die beweist, welch hohen Stellenwert die Familienpolitik in Wien seit jeher besitzt.

Der im Budget vorgesehene Abgang von 6,6 Milliarden Schilling sei durchaus verantwortbar, da in den Jahren 1990/91 wichtige Maßnahmen, vor allem im Gesundheits- und Spitalsbereich, gesetzt werden müßten. Svoboda bekannte sich zur Dezentralisierung, die noch weiter entwickelt werden soll. Zu überlegen sei eine Form des Mitspracherechtes für türkische und jugoslawische Mitbürger auf Bezirksebene. Svoboda bezeichnete es als undemokratisch, wenn zehn Prozent der Wohnbevölkerung von der Mitbestimmung ausgeschlossen werden. Er regte ein Überdenken der Ausländerpolitik bei allen Parteien an.

Svoboda kündigte für die Zukunft ernste Probleme trotz intensiver Budgetkonsolidierungsmaßnahmen an, da die Umverteilung durch den Finanzausgleich immer stärker zu Lasten Wiens gehe, die „Fremdpatienten“ das Budget bereits mit einer Milliarde Schilling belasten und Wien Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr hat, die anderswo fast ausschließlich von Bahn und Post getätigt werden. Der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft habe die Sozialpolitik entscheidend verändert. Unter anderem werde man die Probleme des Personalmangels in Spitälern und der Versorgung Pflegebedürftiger lösen müssen. Heftige Kritik übte Svoboda an der ÖVP-Forderung eines „Wegweiserechts“. Dieser Vorschlag mache einer Partei, die sich als ökosozial bezeichnet, keine Ehre. Das Obdachlosenproblem könne man wohl nicht durch die Schaffung einer „Bannmeile“ rund um Wien lösen. In diesem Zusammenhang verwies er auf den Zubau zum Heim Gänsbachergasse.

Abschließend betonte Svoboda, daß das Budget 1990 eine Reihe von wesentlichen Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte und weltoffene Entwicklung Wiens schaffe.

Finanzen und Wirtschaftspolitik

Die ablehnende Haltung der FPÖ zum Budgetvoranschlag 1990 unterstrich Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ). Pawkowicz forderte die Privatisierung einzelner städtischer Betriebe, wie z.B. des Landwirtschaftlichen Betriebes der Stadt Wien, der Zentralwäscherei und der städtischen Bäckerei, weil dadurch Klein- und Mittelbetriebe der Wiener Wirtschaft im Wettbewerb durch große städtische Wirtschaftseinrichtungen, die einen besseren Zugang hätten, kraß benachteiligt werden. Die Stadt Wien solle, meinte Pawkowicz, am besten überhaupt keine Wirtschaftstätigkeit im engeren Sinne ausüben und diese an Private abgeben. Eine wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt sei, sagte Pawkowicz, nur dort tatsächlich gerechtfertigt, wo die gleichen Leistungen von Privaten nicht im gleichen Maß und kostendeckend erbracht werden können. Es sei der Marktwirtschaft abträglich, daß private Unternehmen unter dem Konkurrenzdruck öffentlicher und defizitär geführter Wirtschaftsunternehmen mit wettbewerbsverzerrenden Bedingungen und Risiken konfrontiert seien. Es gelte, schloß Pawkowicz, die protektionistischen Vergabegewohnheiten schnellstens abzuschaffen, da eine Fehlentwicklung und eine Abkoppelung von der internationalen Wirtschaftspolitik sonst unvermeidlich wären.

Der österreichischen Wirtschaft gehe es gut, sagte ÖVP Stadtrat Komm.-Rat Walter NETTIG, aber Wien hinke der gesamtösterreichischen Entwicklung nach. Auch die Arbeitslosigkeit sei in Wien höher als in den anderen Bundesländern. Die Langzeitarbeitslosigkeit, besonders bei den Jungen, sei ein großes Problem. Die Ursachen sieht Nettig in der Bevölkerungsentwicklung der Bundeshauptstadt, der Randlage der Ostregion in Europa und der zu geringen Exportintensität der Wiener Wirtschaft. Die Daten für die Zukunft seien aber günstig, die Konjunktur wird auch im nächsten Jahr weiter anhalten und die jüngsten Entwicklungen in den osteuropäischen Staaten geben auch Wien eine große Chance, von der Randlage wegzu-

Forts. von Blatt 2631

Forts. auf Blatt 2633

kommen. Die Bevölkerungsentwicklung in Wien selbst könne man für die Zukunft optimistisch beurteilen. Nettig sprach sich für eine Liberalisierung der Ausländerbeschäftigung aus.

Die EXPO 95 lasse eine dynamische Entwicklung für Wien erwarten. Nach seriösen Schätzungen könnte der Beschäftigungseffekt der EXPO allein für Wien 39.000 Arbeitsplätze bringen.

Die Stadt solle für die Wirtschaft Rahmenbedingungen schaffen, aber nicht selbst Wirtschaft betreiben. In diesem Zusammenhang trat Nettig für eine weitere Privatisierung der Wiener Holding ein, sie solle in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, deren Aktien frei an der Börse gehandelt werden können.

Die Wirtschaft erwarte sich von der Stadtverwaltung weniger Bürokratie und eine vernünftige Gebühren- und Tarifpolitik. Zur Diskussion über neue Einkaufszentren sagte Nettig, die derzeit geplanten bzw. schon eingereichten Einkaufszentren würden zu einer Verdoppelung der Verkaufsflächen in Wien führen, was den sicheren Tod zahlreicher Klein- und Mittelbetriebe bedeuten und die Nahversorgung schlechthin gefährden würde. Daher sollten die Pläne für weitere Einkaufszentren sehr sorgfältig geprüft werden.

Gemeinderat FREITAG (SPÖ) befaßte sich mit der Situation des Wien-Tourismus. Es sei nicht gerechtfertigt, darauf das Offenhalten der Geschäfte am Samstag-Nachmittag zu stützen, denn die Ausgaben der Gäste und damit die Umsätze der Betriebe wären in dieser Zeit bei weitem nicht so groß, wie von den Befürwortern dieser Liberalisierung ins Treffen geführt. Freitag verlangte, die Eigenständigkeit des Wiener Erscheinungsbildes nicht durch Fast-food-Ketten und andere Anpassungen an gesichtslose Geschäftsstraßen in ausländischen Städten aufs Spiel zu setzen. Er erinnerte daran, daß sich die Zufriedenheit der Arbeitnehmer mit den Arbeitsbedingungen im Verhalten gegenüber den Gästen beispielsweise in Fremdenverkehrsbetrieben reflektiere. Gerade dort seien die Arbeitsbedingungen jedoch extrem ungünstig und Verbesserungen keinesfalls in Sicht. Von den Wirtschaftsvertretern der ÖVP verlangte Freitag, Beiträge zur Verbesserung der Qualifikation von Mitarbeitern zu leisten. Hinsichtlich des Arbeitsmarktes bemerkte Freitag, daß Wien scheinbar ungünstige Arbeitslosenzahlen aufzuweisen habe. Man müsse sie jedoch im Lichte der Pendlerströme betrachten: Müßten die netto 120.000 Einpendler, die in Wien arbeiten, in anderen Bundesländern Arbeit suchen, würde österreichweit die Arbeitslosenzahl rapid hinaufschnellen. Von der Wirtschaft verlangte Freitag, den Arbeitsstrich zu ächten. „Wir bekennen uns zur gezielten und kontrollierten Ausländerbeschäftigung bei Beibehaltung der sozialen Situation“, sagte Freitag. Abschließend forderte er die Unternehmer auf, zu den Ausbildungskosten der Beschäftigten beizutragen. Die Wiederbeschäftigung von Langzeitarbeitslosen scheitere weniger an Qualifikationsmängeln als an der systematischen Bevorzugung junger und billigerer Arbeitskräfte. Dieses Problem sollte von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern gemeinsam gelöst werden.

Investitionen seien ein wesentliches Kriterium für die Beurteilung des Budgets, erklärte GR Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP). Wenn jetzt die Investitionen wieder steigen, sei dies erfreulich, bisher habe allerdings der Budgetvollzug immer wieder gezeigt, daß viel weniger investiert wurde als veranschlagt worden war.

Die Frage der Budgeterstellung sei ein wesentlicher Punkt, sagte Wöber. Die ÖVP stelle sich dazu einen Budgetausschuß wie in den Bezirken vor. Wöber brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, mit dem die Stadtverfassung und die Geschäftsordnung des Gemeinderates geändert werden soll. Analog dem Finanzausschuß auf Bezirksebene soll ein Budgetausschuß zur Beratung und Erstellung des Voranschlages geschaffen werden.

Forts. von Blatt 2632

Forts. auf Blatt 2634

Weiters schlug Wöber als konkrete Schritte die Privatisierung des Landwirtschaftsbetriebes der städtischen Wäscherei und Bäckerei, der TEERAG-ASDAG, der Holding sowie der Minderheitenbeteiligungen vor. Dies bedeute nicht den Verkauf des „Familiensilbers“, sondern eine Besinnung auf die eigentliche kommunale Aufgabe, der Verbesserung der Wiener Infrastruktur. Dabei solle nichts verschenkt, sondern eine Vermögensumschichtung vorgenommen werden, die einen Schub für Wien bedeuten würde.

GR SRAMEK (SPÖ) wies auf das positive Wirken des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds hin, der durch 346 Betriebsansiedlungen bereits ein Investitionsvolumen von 12 Milliarden Schilling mobilisiert und so die Schaffung von 22.000 neuen Arbeitsplätzen in Wien ermöglicht hat. Auch die Initiative „qualifizierte Mitarbeiter“, in deren Rahmen Klein- und Mittelbetrieben bei Neuanstellung von Spezialisten bedeutende Zuschüsse zu den Personalkosten gewährt werden, sei bisher erfolgreich gewesen.

Das Budget 1990 setze durch höhere Investitionen Impulse für die Wiener Wirtschaft, was sich besonders bei den Klein- und Mittelbetrieben positiv auswirken wird. Darüberhinaus werde dieses Budget die gesamte Ostregion wirtschaftlich beleben.

Die Kritik am Budget 1990 habe sich in Promillesatzgrenzen bewegt, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ). Sie sei nicht sehr gravierend gewesen, und man könne auf dieses Ergebnis stolz sein.

Die Gebühren, ging Mayr auf einen der Debattenpunkte ein, könnten nicht an der Inflationsrate gemessen werden, sie würden sich vielmehr an der Investitionsrate orientieren. Zu den Bezirksbudgets sagte Mayr, man müsse den Irrtum, daß diese gekürzt worden seien, richtigstellen. Die Bezirke hätten durch Steueraufkommen fixierte Anteile. Die Budgetsituation sei also auch durch die Steuerreform beeinflusst. Man habe sich mit diesen Auswirkungen einer gemeinsam beschlossenen Steuerreform vertraut zu machen. Der Finanz- und Investitionsplan, sagte Mayr, sei ein Beispiel für die transparente Wirtschaftspolitik der Stadt Wien.

Mayr warnte vor unüberlegten massiven Unterstützungen von Bürgerinitiativen und Auswirkungen von Teil-Volksbefragungen zum Beispiel in einzelnen Bezirksbereichen. Man dürfe eine Kollision von lokalen mit den Gesamtinteressen der Stadt nicht forcieren.

Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst

GR Mag. KABAS (FPÖ) brachte in Vertretung von GR Ingrid KARIOTIS den ANTRAG zur Privatisierung der Nußdorfer Markthalle unter vertraglicher Sicherung des Bestandes der Halle ein. Damit solle diese wichtige Einrichtung der Nahversorgung saniert und erhalten werden.

GR Rosemarie WALLNER (ÖVP) sprach sich für eine verbesserte, systematische Förderung der Wiener Land- und Forstwirtschaft aus. Derzeit werde lediglich der Weinbau initiativ seitens der Stadt Wien gefördert. Als Zielkatalog nannte Wallner gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Landwirtschaft des In- und Auslandes, die Aufrechterhaltung der Produktion der Wiener Landwirtschaft und die Abgeltung der Aufwendungen für die Erhaltung der Umwelt und der gewachsenen Kulturlandschaft. Im Speziellen forderte die Rednerin die Verbesserung der Infrastruktur in den Dörfern am Stadtrand, vor allem den Ausbau der Güterwege, die Behebung der Verkehrsmisere im Bereich der Simmeringer Gärtnereien und die Förderung von Jung- und Neuübernehmern im landwirtschaftlichen Bereich. Insgesamt sei die Förderung der Land- und Forstwirtschaft aus volks- und raumwirtschaftlichen, aus ökologischen und aus kulturellen Gründen eine Notwendigkeit.

Frauenfragen seien überall präsent, sagte GR Elisabeth DITTRICH (SPÖ). Das Frauenreferat in der Geschäftsgruppe der Stadträtin Schirmer sei ein

Forts. von Blatt 2633

Forts. auf Blatt 2635

Impulsgeber für frauenspezifische Fragen. Dittrich bekannte sich zu mehr Frauen in der Politik und zum Prinzip der „Einmischung“. Frauen sollten überall vertreten sein. Das unter der früheren Stadträtin Seidl initiierte Frauenförderungsprogramm werde intensiv fortgesetzt, und es gehe auch darum, mehr Frauen in leitende Positionen zu befördern. Das Beispiel der Neubesetzung der Leitung der Magistratsabteilung 15 mit Frau Dr. Kapaun sei positiv, sagte Dittrich.

Ihr gehe es besonders darum, von der individuellen Hilfe zu einer strukturellen Hilfe zu kommen. Dies sei eines der Ziele einer modernen Frauenpolitik.

GR Maria PAUL (SPÖ) ging auf die Situation ausländischer Mitbürger ein und stellte fest, daß vor allem die zweite Generation Schwierigkeiten hat, hier zu bleiben, wenn sie keine Beschäftigung nachweisen kann. Die Einbürgerung wurde in mehreren Belangen erleichtert. Jetzt sei es notwendig, die Gebühren nach sozialen Gesichtspunkten zu reduzieren.

Umweltpolitik sei nicht nur Sache der Verwaltung, sondern jedes einzelnen, der schon beim Einkaufen umweltbewußt handeln soll. Er müsse die Gesichtspunkte der Entsorgung und der Wiederverwertung berücksichtigen. Die Stadt Wien sei bei ihrer Einkaufspolitik umweltbewußt. Bei einem Pilotprojekt der Stadt Wien und des österreichischen Ökologieinstitutes werden in der Ganztagschule Hochsatzengasse Umweltaspekte vermittelt.

StR. Christine SCHIRMER (SPÖ) stellte zur Nußdorfer Markthalle fest, daß die Sanierung 15 Millionen Schilling kosten würde. Diese Investition ist nicht vertretbar, wenn die Ständler weiter darauf beharren, zu Zeiten anzubieten, die für die Kunden ungünstig sind. Im Zusammenhang mit dem FPÖ-Antrag meinte Schirmer, sie hoffe, daß die Privatinitiative zünde und in dieser Markthalle Kundenservice geboten werde.

Die Bauordnungsnovelle, zu der 400 Anträge und Änderungswünsche eingelangt sind, wurde nun fertiggestellt und wird zur Begutachtung ausgesendet. Die Rechtsbereinigung, die weiterhin praktiziert werde, trage zu mehr Klarheit und Transparenz bei. Obwohl für den Bürgerdienst kein eigener Budgetansatz vorhanden sei, werde hier dennoch wichtige Arbeit — für mehr als 80.000 Bürger pro Jahr — geleistet. Neu eingeführte Bürgerdienstage in Bezirken, in denen keine Außenstellen bestehen, sollen das Service weiter verbessern. Die Frauenförderung werde verdoppelt und betrage nun zwei Millionen Schilling.

Stadtentwicklung und Stadtplanung

GR PRINZ (FPÖ) kritisierte die Verkehrsplanung Wiens. Da es so gut wie keine Parkplätze an den U-Bahn-Stationen gebe, dränge alles mit dem Auto in die Stadt. Das Ergebnis sei ein Verkehrschaos. Es gebe zwei Rezepte. Jenes von Stadtrat Hatzl, den Verkehr an sich selbst ersticken zu lassen und die Autofahrer durch fiskalische Maßnahmen wie Laterndlsteuer usw. zum Umsteigen zu nötigen oder am Stadtrand Parkplätze zu schaffen, das heißt mit geordneten Zukunftsperspektiven zu arbeiten, wie es die FPÖ verlange. Auch für den zu erwartenden Transitverkehr müßte vorgesorgt werden. Weiters forderte Prinz eine verbindliche Wohnverträglichkeitsprüfung für den geförderten Wohnbau, damit nicht mit öffentlichen Mitteln in wohnunverträglichen Umfeldern wie am Gürtel Wohnbauten errichtet oder saniert werden.

GR Dr. Peter MAYR (ÖVP) zeigte einige Probleme auf, deren Lösungen in nächster Zeit diskutiert werden müssen. So könne die Entwicklung in den östlichen Nachbarländern für die Stadt Wien eventuell sogar dramatische Folgen haben. Wenn Wien auf Wachstum, das heißt auf Zuwanderung setzt, so erfordere dies, daß die Existenz der Zuwanderer gesichert werden müsse. Neben der Arbeitsplatzfrage bedeute dies, daß es in Zukunft in Wien ein eminentes Wohnungsproblem geben werde, sagte Dr. Mayr. Auch

Forts. von Blatt 2634

Forts. auf Blatt 2636

müsse eine entsprechende soziale Infrastruktur, besonders im Bereich der Gesundheitspolitik, geschaffen werden. All diese Fragen müßten aufgrund der europäischen Entwicklung umgehend mit der Wiener Bevölkerung diskutiert und dann entschieden werden. Dies werde aber bedeuten, daß 1991 die Budgetschwerpunkte zweifellos anders gesetzt werden müßten.

Stadtgestaltung, sagte GR KÖNIG (SPÖ), sei ein konkreter Eingriff in das Leben von Menschen, die die widersprüchlichste Art zu leben, nämlich jene in der Stadt, gewählt hätten. Stadtgestaltung müsse deshalb eine soziale Orientierung haben, die auch durch das Budget 1990 unterstrichen werde. Es könne nicht genügen, Stadtgestaltung als einen Prozeß der Ästhetisierung zu betrachten und Ausgrenzung und Segregation als zwangsläufige Beigaben zu betrachten. So gebe es auch in bezug auf die EXPO 95 und die diesbezüglichen Stadtgestaltungsmaßnahmen die wesentliche Komponente der sozialen Modernisierung. König forderte dazu auf, die Stadtentwicklung zu einem Modernisierungsschub in Richtung Humanismus werden zu lassen. In diesem Sinne müsse man auch die Überzeugung des ungarischen Partners stärken.

GR Dipl.-Ing. Dr. Herlinde ROTHAUER (ÖVP) stellte einen ANTRAG, in dem sie kurzfristige verkehrspolitische Maßnahmen bei Öffnung der CSSR-Grenzen umriß. Eine Studie solle die Auswirkungen der Grenzöffnung feststellen, das Messegelände solle für Park-and-ride-Betrieb mit Shuttlebussen zu den Geschäftszentren eingerichtet werden, und Sondermaßnahmen für das Abstellen von Bussen sollten vorbereitet werden.

Rothauer setzte sich dann mit dem Garagenbau auseinander und forderte die Verwirklichung der seit langem geplanten Tiefgaragen rund um die Innenstadt, die für die Handelsbetriebe ebenso nötig seien wie für das Gewerbe, die Gastronomie und den Fremdenverkehr. Es seien genügend Rücklagen zur Garagenförderung vorhanden, diese sollten endlich genutzt werden. Schließlich forderte die Rednerin auch den Bau von Garagen für die Wohnbevölkerung im dichtverbauten Gebiet, Sondergenehmigungen für die Wohnbevölkerung der City für die Kurzparkzonen und den verstärkten Ausbau von Park-and-ride-Anlagen an der Peripherie. Insgesamt sei ein Maßnahmenbündel konkreter Förderungen notwendig, um die Garagenmisere in Wien zu beenden.

Zur Problematik der „Verkehrshölle“ Südost-Tangente meinte GR KLACKL (SPÖ), man könne auf diese Verkehrsverbindung nicht verzichten. Die Stadtplanung gehe bei der Bewältigung des Verkehrs neue Wege, wobei auch der ruhende Verkehr bewältigt werden muß. Vielleicht werde in wenigen Jahren die „Laterndl-Steuer“ Wirklichkeit sein müssen. Die Wiener zeigten eine Scheu vor Garagen, Theoretiker und Planer müßten hier eine Garagenwilligkeit erzeugen.

Die Entwicklung im Osten, die offenen Grenzen, das seien Themen, die uns heute alle bewegen. Eine ganze Phase der europäischen Politik der Nachkriegszeit gehe nun zu Ende. Die Stadtplanung müsse sich auf Mitteleuropa umorientieren. Die neuen Planungsszenarien rufen Begeisterung hervor. Wien und die Ostregion kommen aus ihrer Randlage heraus ins Zentrum Mitteleuropas. Mit einem gerüttelten Maß an Begeisterung könnte der Aufbruch Europas bewältigt werden.

Stadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ) kündigte an, den in der Verkehrspolitik eingeschlagenen Weg weiterzugehen und Maßnahmen teilweise auch zu verstärken. Dem öffentlichen Verkehr solle noch mehr zum Durchbruch verholfen werden. Zur EXPO meinte Swoboda, die Gesellschaft solle zwar privatwirtschaftlich geführt werden, die Veranstaltung sei jedoch ein Wiener Projekt, und die Stadt werde daher ihre Interessen an der EXPO zum Ausdruck bringen. Wien wolle die EXPO mitbestimmen — nicht umgekehrt. Zur Forderung nach Autoabstellplätzen für die Bewohner der

Forts. von Blatt 2635

Forts. auf Blatt 2637

Inneren Stadt sagte Swoboda, daß ein großer Teil der erwähnten Fahrzeuge nicht von Bewohnern, sondern von Betriebsinhabern stamme. Man könne nicht öffentlichen Verkehr fordern und gleichzeitig Garagenbau verlangen. Beim Heldenplatz habe eine Verkehrsfreimachung in Zusammenhang mit der Garagenerrichtung durchgesetzt werden können. Wenn sich der 1. Bezirk nicht zu ähnlichen Lösungen auch an anderen geplanten Garagenstandorten entschließe, werde es in der Inneren Stadt keinen weiteren Garagenbau geben können. Die Phantasie mit dem Machbaren zu verbinden, sei der Anspruch der Planung in den nächsten Jahren, schloß Stadtrat Swoboda.

In einer kurzen Wortmeldung bekundete Bürgermeister Zilk sein großes Interesse an einem Beschlußantrag der ÖVP zu dem Thema „Öffnung der Grenzen der CSSR“. Wie Zilk mitteilte, habe sich über seine Weisung bereits am 15. November der Presse- und Informationsdienst in einer Sitzung mit diesem Thema beschäftigt. Ihm liege bereits ein Konzept vor, das Informationen an der Grenze, ein Auskunftstelefon in der Stadtinformation, die Einschaltung von Inseraten in Medien der CSSR und anderes vorsehe. Weiters teilte Zilk dem Gemeinderat mit, daß eben über die Fernschreiber die Information gelaufen sei, Ministerpräsident Adamec habe bekanntgegeben, daß Gespräche mit der Charta 77 aufgenommen werden.

Wohnbau und Stadterneuerung

Er könne den Voranschlag 1990 nicht bejubeln, erklärte GR KIRCHNER (FPÖ), da allein der Rückgang der Mittel für den Wohnbau mehr als 13 Prozent ausmache. Das neue Wohnbaugesetz aus dem Frühjahr müsse bereits novelliert werden, und der Markt regelt sich wegen der ideologischen Kleinkariertheit der SPÖ nicht. Die Verländerung des Wohnbaus wäre eine Chance für das Umdenken gewesen, die nicht genutzt wurde. Kirchner forderte die Herstellung des freien Wettbewerbes und die Gleichbehandlung der Wohnbauträger. Bei einem Förderungsvolumen von vier Milliarden könnten bei Gleichbehandlung der privaten mit den gemeinnützigen Wohnbauträgern viel mehr Wohnungen gebaut werden. Abschließend meinte Kirchner, der Wohnbau werde zunehmend unfinanzierbarer, die Wohnbauqualität sinke durch die überproportional steigenden Baukosten und die immer knapper und daher teurer werdenden Grundstücke.

GR FUCHS (ÖVP) stellte fest, daß die bisherigen Wohnbedarfsprognosen aufgrund der aktuellen Entwicklungen zu revidieren seien. Zweifellos bestehe ein wesentlich größerer Wohnungsbedarf als bisher angenommen. Die geplante jährliche Neubauquote von 4.400 Wohnungen bis zum Jahr 2007 und von 5.800 Sanierungen müsse ganz erheblich nach oben verändert werden. Außerdem sei diese Quote bereits heuer keineswegs erfüllt worden, da 1989 statt 4.400 nur 1.200 neue Wohnungen errichtet worden seien, meinte Fuchs. Die Frage des Wohnungswesens werde immer dramatischer. Der Direktor der Caritas habe Alarm geschlagen, es bestehe in Wien ein Akutmangel an 2.500 Sozialwohnungen. Da die Wohnbedarfsrechnung nicht stimme, stimme daher auch die Finanzbedarfsprognose nicht. Wenn Stadtrat Edlinger Maßnahmen zur Sicherung des Wohnbedarfs und dessen Finanzierung trifft, so werde man diese Maßnahmen unterstützen. Versäumnisse in diesem Bereich werden später nur sehr schwierig wieder aufzuholen sein, meinte Fuchs.

Ihre Fraktion, sagte GR Ruth BECHER (SPÖ) werde weiterhin einem Verkauf von Gemeindewohnungen nicht zustimmen. Die Stadt Wien messe dem Wohnbau eine besondere gesellschaftspolitische Bedeutung bei. Becher wies auf das geringfügige Wachstum der Zahl an Haushalten in Wien hin, weshalb die Wohnraumumgestaltung besonders im Vordergrund stehe. So sei für das Jahr 2007 geplant, daß alle Wiener Wohnungen mindestens Kategorie B Standard haben. Dem Trend zum Wohnen im Grünen komme man einerseits mit Bauweisen wie dem verdichteten Flach-

Forts. von Blatt 2636

Forts. auf Blatt 2638

bau, andererseits aber auch mit Möglichkeiten zur Grünraumgestaltung in Gemeindebauten durch die Mieter entgegen.

GR Ing. MANDAHUS (ÖVP) sprach sich unter Bezugnahme auf die Wortmeldung von GR. Freitag dafür aus, durch verstärkte Kontrollen Maßnahmen gegen nichtangemeldetes Personal am Bau zu ermöglichen. Dadurch könne man der Wettbewerbsverzerrung, aber auch der Ausbeutung ausländischer Arbeiter entgegenzutreten.

Abschließend widmete sich Mandahus dem Energiesparbericht der Stadt Wien 1980-88. Mandahus zeigte sich von der ausgewiesenen Gesamteinsparung von 25 Prozent beeindruckt und forderte in diesem Zusammenhang verstärkte Bemühungen um weitere Einsparungen. Er stellte den ANTRAG, bei Objekten, bei denen die im Energiesparbericht zitierte kurze Amortisationszeit von 1,5 bis 3 Jahren zu erreichen ist, entsprechende Maßnahmen auf dem Kreditweg zu finanzieren und die Kredite durch die Einsparung für Energieaufwendungen zu bezahlen. Nach der Amortisationszeit freiwerdende Beträge könnten für weitere längerfristige Einsparungen eingesetzt werden. Mandahus plädierte auch dafür, im Bereich der Wohnungsverbesserung Energiesparmaßnahmen verstärkt zu fördern.

Wohnbau- und Stadterneuerung stehen in einem engen Konnex zur Stadtplanung, betonte GR BROSCHE (SPÖ) und verwies darauf, daß mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz und den entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten alle Chancen für „besseres Wohnen“ gegeben seien. Mietermitbestimmung und Gebietsbetreuung hätten sich bewährt. Der Wohnbaubedarf ist gegeben, allein die 20.000 Vormerkungen bewiesen dies. Zusätzlicher Wohnraum könne durch die innere Stadterweiterung, durch die Verwertung vorhandener Baugründe geschaffen werden. Da hoher Bedarf nach billigem Wohnraum bestehe, würde dieser billige Wohnraum nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage immer teurer. Daher seien Eingriffe der öffentlichen Hand nötig, um billigen Wohnraum mit vertretbaren Mieten zu bieten.

Im Spannungsfeld Angebot und Nachfrage spielen die 200.000 Gemeindewohnungen eine marktordnende Rolle. Er trete dafür ein, die Kategorieobergrenzen beizubehalten und lehne einen Verkauf von Gemeindewohnungen ab.

Stadtrat EDLINGER (SPÖ) stellte fest, daß das für heuer gesteckte Ziel von 4.000 geförderten Wohnungen und 3 Milliarden Schilling für die Stadterneuerung übertroffen werden konnte. Durch zusätzliche Mittel konnte auch ein Beitrag zur Winterbeschäftigung von Bauarbeitern geleistet werden. Die 1988 fertiggestellte Wohnbedarfsprognose müsse aufgrund neuer Entwicklungen in den Nachbarstaaten überdacht werden. Er sei überrascht über die Kritik am Wiener Wohnbauförderungsgesetz, sagte Edlinger. Es ist am 1. Juli 1989 in Kraft getreten, und viele Bauträger wollten erst die Erfahrungen mit der Förderung abwarten, bevor sie eine Zusage beantragten. Den Verkauf von Gemeindewohnungen lehnte Edlinger neuerlich ab und verwies auf negative Folgen dieser Vorgangsweise anhand von ausländischen Beispielen. Der Wohnbauscheck sei eine mögliche Form der Förderung für das Eigenheim, aber untauglich für den Mietwohnungsbereich, weil die Restfinanzierung ungeklärt bleibe. Gerade sie brächte aber Schwierigkeiten für die sozial Schwachen. Der Rechnungshof sei von der ÖVP völlig unreflektiert widergegeben worden. Der Rechnungshof verlange eine Wohnraumbewirtschaftung, die eine Einweisung bedeuten würde und eine Kündigung auf Verdacht einschliesse. Die Stadt Wien als Hausverwalter darf jedoch keine Daten aus dem Bereich der Hoheitsverwaltung nützen, um etwa auf diese Weise leere Wohnungen ausfindig zu machen. Aber wenn man davon ausgehe, daß jährlich 8.000 Wohnungen neu vermietet werden, lasse sich rein rechnerisch nachweisen, daß zu jedem Zeitpunkt notgedrungen 660 Wohnungen leerstehen müssen, weil sie gerade im Stadium der Weitervermietung sind. In Zukunft sollen Mittel in die Verbesserung schlecht ausgestatteter Wohnungen fließen, während man Fensterkeilern nicht mehr durch Förderungsanreize in die Hand arbeiten werde. Ebenso soll die Ausstattungsverbesserung bei sehr kleinen Wohnungen künftig nicht mehr gefördert werden.

Die Sitzung des Gemeinderates wird Mittwoch fortgesetzt. (Schluß)

Zilk schlägt „Marshall-Plan“ für die Oststaaten vor

Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Eine Art „Marshall-Plan“ für Osteuropa schlug Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK am Dienstag in einem Pressegespräch vor. Die Mittel des im Verkehrsministerium verwalteten ERP-Fonds (European Recovery Program), die aus der Nachkriegshilfe der Vereinigten Staaten („Marshall-Plan“) stammen, sollten, so Zilk, teilweise oder zur Gänze für gewinnträchtige Investitionen in den demokratischen Ländern Osteuropas verwendet werden. Zilk verwies darauf, daß die Ostblockstaaten, die sich mühsam in Richtung Demokratie entwickeln, diese Hilfe des Westen nötig hätten. Wenn der Westen die Demokratisierung der COMECON-Staaten nicht finanziell unterstütze, könnten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in diesen Staaten einen gewaltigen Flüchtlingsstrom auslösen, von dem vor allem Österreich betroffen wäre.

Wesentlich sei für Zilk, daß die Hilfe nicht als Geschenk gegeben werde, sondern als Kredit mit niedriger Verzinsung. Damit sei gewährleistet, daß sich die Hilfe selbst finanziere. Als Finanzvolumen stünden aus den ERP-Geldern zwischen zehn und 20 Milliarden Schilling zur Verfügung. Der Vorschlag sei mit der Bundesregierung noch nicht abgesprochen, er erseuche aber die Bundesregierung unverzüglich die ERP-Richtlinien entsprechend zu erweitern. Er sei sich auch sicher, betonte Zilk, daß die USA eine Umwidmung der ERP-Gelder befürworten würden. (Schluß) red/rr

Wiener Landtag

Auslieferungsersuchen: Absetzung

Wien, 21.11. (RK-KOMMUNAL) Nach der Sitzung des Wiener Gemeinderates trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Ing. HOFMANN zu einer Sitzung zusammen.

Unter protestierenden Zwischenrufen der ÖVP wurde mit Stimmenmehrheit der SPÖ die Absetzung eines Tagesordnungspunktes, das Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur Verfolgung des LABg. Robert KAUER von der Tagesordnung beschlossen.

Bezirksgrenze: Änderung

Berichterstatter StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) legte ein Gesetz über eine geringfügige Änderung der Grenze zwischen dem 17. und 18. Bezirk vor. Auf Wunsch der Bewohner Herbeckstraße soll dieser Teil des 17. Bezirkes, zum 18. Bezirk kommen. Damit werden Behördenwege zum Bezirksamt, dem Polizeikommissariat, usw. erleichtert.

LABg. Prof. WELAN (ÖVP) meldete sich zu Wort und erklärte, er wolle nicht über die Grenzen zwischen Bezirken sprechen, sondern über die Grenzen zwischen der Mehrheit und der Minderheit in diesem Haus. Es sei bisher nicht üblich gewesen, Auslieferungsanträgen stattzugeben, habe Klubobmann Svoboda bei dem letzten Auslieferungsantrag festgestellt. Mit der Absetzung dieses Tagesordnungspunktes sei die Rechtssicherheit verletzt worden, meinte Welan. Der Glaube des einzelnen Mandatars an diese sei verloren gegangen. Es geschehe nur mehr, was die Mehrheit wolle.

ABSTIMMUNG: Das Gesetz wurde einstimmig angenommen.

Wohnbauförderungsgesetz

Stadtrat EDLINGER (SPÖ) beantragte die Erweiterung des „Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989“. Die Hauptstücke IV und V regeln unter anderem Mietzinsbildung, Ratenzahlung beim Grundkostenanteil, eine Verlängerung des Rückzahlungszeitraumes für die Wohnhaussanierung von zehn auf 15 Jahre sowie begünstigte Rückzahlung von Förderungsmitteln und die Eigentumsbildung.

LABg. KIRCHNER (FPÖ) kritisierte die vorliegende Novellierung und führte an, daß mobile Gebietsbetreuung, Arbeiterkammer, Wiener Handelskammer und Rechtsanwaltskammer sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in ihren Stellungnahmen ebenfalls Kritik geübt hätten. So gebe es einen unzureichenden Schutz der Mieter, fragwürdige Kompetenzregelungen und unübersichtliche Bestimmungen, meinte Kirchner. Diese Unschärfen des Gesetzes würden die derzeit bereits rettungslos überforderten Schlichtungsstellen noch mehr belasten und den Mietern die Durchsetzung ihrer Rechte erschweren. Kirchner sprach sich für die Umstellung auf Subjektförderung aus und forderte eine Überprüfung der Bauträger durch das Wiener Kontrollamt.

LABg. FAYMANN (SPÖ) betonte, daß die Gesetzesregelung zur Mietzinsbildung und zur Förderungsrückzahlung im Sinne der Wohnbaupolitik der Wiener SPÖ weitere Verbesserungen für die Wohnungsnutzer bringe. Die Stellungnahme von LABg. KIRCHNER (FPÖ) sei keine inhaltliche, der Vorschlag eines Wohnbauschicks sei lediglich als Schlagwort ohne Substanz zu sehen. Die SPÖ werde weiter bei ihrer Politik einer differenzierten Förderung unter Eingehen auf die individuellen Bedürfnisse bleiben.

StR. EDLINGER (SPÖ) betonte in seinem Schlußwort, daß die FPÖ im Unterausschuß nicht gegen dieses Geschäftsstück gestimmt habe. Im übrigen handle es sich dabei um keine Novellierung, sondern um zwei eigene Hauptstücke des Wiener Wohnbauförderungsgesetzes, deren Einbringung erst jetzt aufgrund der Verländerung der entsprechenden Kompetenzen möglich geworden sei. Dies habe er jedoch bereits bei den ersten Hauptstücken dieser Gesetzesmaterie angekündigt.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Die Sitzung des Wiener Landtages schloß um 20.45 Uhr. (Schluß) red